

4084/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4376/J betreffend Schaffung eines Neuen Transatlantischen Marktes (NTM), welche die Abgeordneten Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde am 12. Mai 1998 an mich richteten, stelle ich fest:
Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Das Ziel des Neuen Transatlantischen Marktes (NTM) besteht darin, die Handels - und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BU und den USA nach Verabschiedung der "Neuen Transatlantischen Agenda" im Jahr 1995 auf eine neue, strukturierte Ebene zu heben. Konkret wurde der Abschluß eines Abkommens zur Schaffung eines NTM, das nachfolgende Elemente aufweist, vorgeschlagen:

- Beseitigung der technischen Hemmnisse im Warenverkehr;
- Beseitigung der Zölle für gewerbliche Waren auf der Grundlage der Meistbegünstigung bis zum Jahr 2010;
- Schaffung einer Freihandelszone für den Dienstleistungsverkehr;

- Liberalisierung des öffentlichen Vergabewesens, der Rechte an geistigem Eigentum und der Investitionen über den bestehenden multilateralen und plurilateralen Rahmen hinaus. Österreich hat die Initiative der EK grundsätzlich begrüßt.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Der EU/US - Gipfel am 18. Mai 1998 in London brachte nicht den Startschuß für den Verhandlungsbeginn über den NTM.

Nunmehr wird eine Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft (Transatlantic Economic Partnership - TWP) angepeilt, die im Umfang viel weniger weitreichend ist als der NTM und wo von der Schaltung einer EU - US - Freihandelszone keine Rede mehr sein kann.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Aufgrund der geänderten Strategie (siehe Frage 2) erscheint die Beantwortung dieser Frage entbehrlich. Es ist jedoch festzuhalten, daß im Rahmen des NTM eine automatische Ausdehnung der Vorteile auf Grundlage der Meistbegünstigung nur für den Zollbereich, nicht aber für den Bereich der Dienstleistungen geplant war.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Auf dem letzten OECD - Ministerrat am 27. - 28. April 1998 bekräftigten die Minister, daß die Arbeiten über das MAI zum Abschluß gebracht werden müssen. Das Mandat der Verhandlungsgruppe wurde unbefristet verlängert und als Termin für die nächste Sitzung der Verhandlungsgruppe Oktober 1998 ins Auge gefaßt. Die OECD - Minister unterstützten gleichzeitig und völlig unabhängig vom Ergebnis der MAI - Verhandlungen das laufende Arbeitsprogramm der WTO im Hinblick auf die Entwicklung von Investitionsregeln in der WTO.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Anlässlich des EU - USA - Gipfels am 18. Mai 1998 einigten sich die EU und die USA nach mehr als einjährigen Verhandlungen unter anderem auf Disziplinen für die Stärkung des Investitionsschutzes. Damit sollen die Differenzen über sogenannte "extraterritoriale" US - Gesetze, die Rechtswirkungen für ausländische Investoren in Drittstaaten (v.a. sog. "Helms - Burton - Gesetz" und „D' Amato - Gesetz") entfalten, beigelegt werden. Die beiden Seiten kamen überein, diesen Vorschlag gemeinsam in die MAI - Verhandlungen einzubringen, in deren Rahmen auch noch offene Umsetzungsfragen geklärt werden sollen.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Nach wie vor ist die Stärkung des multilateralen Handelssystems Ziel der TWP. Die USA und die EU verfolgen daher gemeinsam das Ziel, im Rahmen von multilateralen Verhandlungen den Reformprozeß in der Landwirtschaft in Konformität mit Artikel 20 des WTO - Abkommens über Landwirtschaft weiterzuführen. Auf bilateraler Basis sollte darüber hinaus insbesondere die regulatorische Zusammenarbeit bei Gesundheitsfragen für Menschen, Tiere und Pflanzen einschließlich Biotechnologie intensiviert werden. Ferner sollten die bilateralen Bemühungen zum Abbau von Handels/Investitionsbarrieren auch den Dienstleistungsbereich umfassen, ohne daß dabei der Medien - Bereich gesondert angesprochen wäre.

Antwort zu den Punkten 7 bis 9 der Anfrage:

Da eine EU - US - Freihandelszone nicht mehr zur Diskussion steht, sind auch diese Fragestellungen bzw. diesbezügliche Maßnahmen nicht mehr relevant. Im übrigen darf ich auf die Beantwortung der an den Herrn Bundeskanzler gleichlautend gerichteten Anfrage Nr. 4379/J verweisen.

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

Beim NTM handelt es sich um einen Kommissionsvorschlag vom März 1998, der - wie eingangs erwähnt - in den einschlägigen EU - Gremien ausführlich diskutiert wurde und letztendlich aufgrund massiver Bedenken einiger EU - MS vorerst nicht in der von der EK geplanten Form weiterverfolgt wird.

Die innerösterreichische Meinungsbildung zum gegenständlichen Vorschlag erfolgte im Rahmen der regelmäßig stattfindenden interministeriellen Vorbesprechungen für die einschlägigen Sitzungen diverser EU - Gremien unter Einbindung der Sozialpartner. Das Ergebnis dieser EU - internen Beratungen fand auch in die einschlägigen Berichterstattungen gern. Art. 23e B-VG Eingang.